

Antrag 84/I/2024

AfA Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Rechtliche Gleichstellung von dual Studierenden

- 1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass dual Studierende arbeits-
- 2 rechtlich mit Auszubildenden gleichgestellt werden. Da-
- 3 für soll der Rechtsbegriff des dualen Studiums für alle, die
- 4 eine Berufsbildung an einer Hochschule mit fest integrier-
- 5 ten Praxiseinsätzen in Unternehmen, Behörden oder an-
- 6 deren ausbildenden Stellen/Institutionen absolvieren, im
- 7 Berufsbildungsgesetz (BBiG) aufgenommen werden. Al-
- 8 ternativ müssen für die Praxisphasen des dualen Studi-
- 9 ums analoge gesetzliche Regelungen geschaffen werden,
- 10 die den Mindeststandard des BBiG nicht unterschreiten.
- 11
- 12 Der Geltungsbereich der §§ 10 - 33 BBiG, die das Berufs-
- 13 ausbildungsverhältnis, Rechte und Pflichten von Auszu-
- 14 bildenden und Ausbildenden sowie die Eignung von Aus-
- 15 bildungsstätte und Personal regeln, soll auf dual Studie-
- 16 rende in sog. praxisintegrierten Studiengängen erweitert
- 17 werden.
- 18
- 19 Zusätzlich müssen auch dual Studierende vom Schutz des
- 20 § 78a BetrVG, der analogen Regelungen in den Perso-
- 21 nalvertretungsgesetzen und sonstigen Interessenvertre-
- 22 tungen (z.B. Mitarbeiter*innenvertretungen) erfasst wer-
- 23 den, also vor einer Nicht-Übernahme bei Ende des Ausbil-
- 24 dungsverhältnisses geschützt werden.